

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Agitation und Organisation. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Stadt Berlin. II. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Strafreiniger in Leipzig. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Internationale Rundschau. — Leitung der Hauptliste.

Agitation und Organisation.

Das sind die Grundpfeiler der Arbeiterbewegung. Tagtäglich müssen wir wirken und schaffen, um unsere Ideen unter die Massen zu tragen, um unsere Bestrebungen zu realisieren. An Schwierigkeiten fehlt es hierbei ja nicht, sie müssen aber überwunden werden. Die Gleichgültigkeit der Massen bildet da noch ein starkes Pollwerk. Diese Kollegen fühlen wohl den Druck der Verhältnisse, die ungenügende Lebenslage, der Weg zur Verbesserung ist ihnen jedoch nicht klar. Was unsere Aufklärungsarbeit mit vieler Mühe schafft, machen die Gegner oft im Handumdrehen zunichte. Unseren Funktionären wird dann die bekannte Ausrufe zugeflüstert: Es hilft ja doch nichts. Andere wieder sagen: Was ihr bekommt, kriegen wir ja auch. Wieder andere: Wir möchten uns wohl organisieren, aber wir dürfen nicht. An Verlegenheitsreden ist kein Mangel. Selbst persönliche Konflikte müssen herhalten. Sobald es einem Kollegen nicht ganz nach seinem Kopfe geht oder einer mit dem andern Streit gehabt hat, muß gewöhnlich die Organisation darunter leiden. Eine oder beide Parteien treten aus. Man läßt die Organisation büßen, was ein einziger verbrochen hat. So fehlt die nötige Aufklärung. Die Durchdringung der Erkenntnis zur Wirklichkeit und Wahrheit wäret zumeist recht lang.

Verzinkt man doch heute alles mögliche, um die Arbeiter vom Zenten und einheitlichem Handeln abzubringen. Seitens der Unternehmer und ihrer Helfershelfer fehlt es nicht an hieran bezüglichen Maßnahmen. Man arbeitet mit Traktätschen und Fabrikvereinsgründungen, gibt dieichen Subventionen, zahlt Freibier, bequämiat einzelne Personen, um in der Masse Uneinigkeit zu sähen, dazu der Aniel, das rote Geipenit, die Sprachenverchiedenheiten und die Religion; das sind Hindernisse gerade Übergang. Nur unsere Bewegung speziell kommt noch die größere Abhängigkeit im Arbeitsverhältnis in Arone, die Ausschlag durch die Arbeiterfürsorge, die Zahlung von Prämien, die Beamteneigenschaft und bunte Kontur, die verchiedentliche Beschäftigung von Juden, Litzen und Armenpilealinen und dergleichen Dinge mehr. Alle diese Hemmnisse sind zu berücksichtigen, dürfen uns bei der Werbearbeit jedoch nicht abdrücken. Den Gewerkschaften zum Trost müssen wir eine systematische Werbearbeit unseres gesamten Agitationsgebietes durchführen.

In der Agitation läßt sich nicht schematisieren. Diese muß sich vielmehr den Verhältnissen anpassen. Nützlich leidet ja unsere Bewegung in verschiedenen Gewenden unter gleichen und auch entgegengesetzten Umständen, ebenso bringen uns gleiche und entgegengesetzte Ursachen Erfolge.

Die Vernunft und kühle Ueberlegung flügel schon alle Vorteile aus. Immer müssen wir natürlich nach unseren Leitmotiven wie nach den gegebenen allgemeinen Richtlinien handeln. Als Betriebsorganisation dürfen wir keine der uns angeschlossenen Sparten resp. Gruppen vernachlässigen. Auch alle Landesteile sowie die kleineren Orte müssen mit herangezogen werden. Bilden doch die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Provinz sonst den Kernschmerz der Bewegung in den Großstädten; der Zugang der Kleinstädtchen und ländlichen Bevölkerung gibt oftmals den Ausschlag bei Lohnbewegungen in Großstädten. Ein Vorgehen dieser Gebiete würde sich also rächen. Alles in allem genommen hat sich unsere Werbearbeit auf jedes Terrain zu legen. Die Kollegen sollen von Mund zu Mund an der Hand von Tatsachen über den Stand der Dinge, Einrichtungen des Verbandes, Erfolge bei Lohnbewegungen usw. orientiert und so durch vernünftige Auseinandersetzungen von dem Zweck und Nutzen unserer Organisation überzeugt werden. In der Aufklärung durch das geschriebene Wort darf es auch nicht mangeln. Flugblätter und Verbandsorgan leisten hier gute Dienste. Regelmäßiger Versammlungsbesuch leitet das Verbandsleben vorwärts und weckt das Interesse an der persönlichen Mitarbeit. Jeder Kollege muß am Ausbau der Organisation mitarbeiten. Nicht bloß alle Arbeit dem Funktionären überlassen, nie selbst einen Posten annehmen, sondern immer in den vordersten Reihen stehen. Je mehr jeder selbst tätig ist, desto mehr vertieft er sich in die Bewegung, bildet sich weiter und wirkt infolgedessen wieder aufklärend. Auf diese Weise wächst der Verband, unsere Zusammengehörigkeit von selbst. Unser Einfluß vergrößert sich beständig mit unserm Wachstum und unsere Lage verbessert sich mit der Erhöhung unseres Einflusses. Also haben wir ein Interesse am Wachstum der Organisation. Tue deshalb jeder Kollege seine Pflicht.

Soll der Verband aber den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden, dann ist in erster Linie eine gute Organisation innerhalb desselben erforderlich. Die vorhandenen Einrichtungen müssen gut funktionieren. Ein stabiler, zuverlässiger Vertrauensleute muß den Vorstand unterstützen. Jeder von ihnen hat seinen Posten aber voll und ganz auszufüllen. Sehr oft fehlt's hier auch. Manches von den Mitgliedern glaubt, auf die erste Ausübung gerade seiner Arbeiten kommt es nicht an. Hier greift aber ein Rad ins andere und da hängt von der Plichtigkeit Erfüllung des einen oft genug die Tätigkeit des anderen Funktionärs ab. Eine prompte Kassierung der Beiträge und gute Massenföhrung ist unerlässlich. Nehmt euch der Ueberbild über die Masse, dann geht es schnell rückwärts. Auch die Finanzen werden weit eher angegriffen. Erfolgt die Beitragszahlung nicht regelmäßig, um hierin sich ein Meute anzustellen, dann ist das Mittel bald verloren, sofern es nicht vollständig vom Wert der Bewegung übergenut ist. Zahlend Beamten muß vorabgenut werden. Das kann erreichen durch gute Anleitungen zur Geschäftsföhrung seitens der Verbandsbeamten. Der Verbandsvorstand hat sich daher veranlaßt gesehen, hier nachzubellen, indem er die

Gaulleiter beauftragte, den Kassenverhältnissen der Zitate ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und gelegentlich Revisionen der Kassen vorzunehmen. Hin und wieder wird in Verbindung mit Agitationstouren auch von beauftragten Vorstandsmitgliedern mit eingegriffen werden. Dieser Herbst sind schon mehrere solcher Reisen gemacht worden und einige folgen noch. Es dreht sich da gleichzeitig um Erläuterungen und praktische Unterweisungen in der Handhabung der Kassen-Geschäfte bezw. des Unterstützungswezens. Auf diese Weise wird die Durchföhrung einer besseren Massenverwaltung erhofft, vorausgesetzt, daß die Kollegen die Anleitungen beachten und zum Nutzen der Organisation anwenden.

Wemert sei ferner, daß die fragliche Agitation und die Revisionen von den Kollegen Ab. Mohs, Gust. Pf. mann, Osk. Riedel und Emil Dittmer betrieben wurden resp. noch werden. Soweit die Geschichte schon ihre Erledigung gefunden hat, soll hier nur eine kurze Schilderung des Verlaufs erfolgen.

A. M.

Agitationstour durch die Gaxe Leipzig, Nürnberg und München.

Nicht allein eine rege Agitation, sondern auch eine tüchtige Massenverwaltung sind Vorkonditionen derjenigen Zitate, welche das Vortreten haben, vorwärts zu kommen. Nur zu oft ist es leider zu beklagen, daß trotz aller Agitation Fortschritte nicht zu verzeichnen sind. Dies trifft nicht nur bei uns zu, sondern auch in anderen gewerkschaftlichen Organisationen. Es gilt eben nicht nur Mitglieder zu gewinnen, sondern diese auch als Mitglieder zu halten. Hierzu ist vor allen Dingen nötig, die Mitglieder von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, damit sie nicht bei dem ersten Anprall, welchen die Zitate erleiden, wie Spreu in alle Winde wehen. Ein von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugter Arbeiter hält bei solchen Zusammenstößen, ohne die es unter den heutigen Verhältnissen nun einmal nicht abgeht, die Fackel der Organisation hoch. Er stüchelt nicht zurück in das Meer der Unorganisierten.

Gute Verwaltungen der Zitate müssen das Vortreten haben, sich das Vertrauen der Mitglieder nicht nur zu erwerben, sondern auch zu behalten. Wo dieses nicht vorhanden, steht es meist recht öde aus. Nun ist ja wohl richtig, daß derjenige, der es jedem recht macht, erst noch geboren werden soll. Darauf kommt es aber gar nicht an. Vor allen Dingen handelt es sich darum, das Interesse der Mitglieder sowohl wie das der gesamten Organisation zu wahren. Gekündigt dies, dann wird man auch das zu Leuten der Mitglieder haben. Hierbei spielen nun die Massenverhältnisse, richtiger gesagt, die Verwaltung der Massen-Geschäfte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wie viele Fälle sind nicht schon zu verzeichnen, wo einzelne Zitate keine Fortschritte machten, ja wo sogar die schlechte Massenverwaltung die Ursache zum vollständigen Zusammenbruch der Zitate war. Es braucht nicht immer ein ungetreuer Kassierer zu sein, der hierzu beiträgt. Auch die Unfähigkeit, die Massengeschäfte zu führen, genügt oftmals schon, um ein großes Durcheinander hervorzuheben. Der gute Wille allein genügt nicht. Einige Vorkenntnisse müssen zum mindesten vorhanden sein. Wo dieses nicht vorliegt, da gelingt es in den meisten Fällen, sich das Fehlende noch anzueignen. Es ist deshalb die Pflicht der obersten Leitung eines Verbandes, da wo es in dieser Beziehung fehlt, nachzuheffen resp. die Massenverwalter genügend zu unterrichten. In erster Reihe sind hierzu die Gaulleiter berufen. Dieselben haben die Massengeschäfte zu überwachen und für eine ordnungsgemäße Erledigung Sorge zu tragen. Wo es hapert, haben sie einzugreifen, und wenn nötig, die Erledigung derselben selbst in die Hand zu nehmen.

Um in diesem Sinne zu wirken, war denn auch mit der oben näher bezeichneten Agitationstour gleichzeitig eine Prüfung der Massenverhältnisse verbunden. Diese umreiste sich auf die Zitate Halle, Gera, Nürnberg, Roßburg, München, München Land, Rosenheim, Traunstein, Reichenhall, Aurth, Würzburg, Bamberg und Plauen. Mit Ausnahme von Gera, wo der Kassierer demgegenüber Arbeit wegen nicht abkommen konnte, fand in allen diesen Zitate eine Prüfung der Kasse, Bücher und Besätze statt. Weniger deswegen, um festzustellen, ob hier oder dort einige Mängel an Massenvermögen fehlen, sondern um überall dort, wo die Handhabung der Massengeschäfte nicht so ist, wie sie sein muß, die notwendige Anleitung zu erteilen.

Es soll nun hier nicht meine Aufgabe sein, Berichte über die einzelnen Revisionen zu erstatten, sondern ich will ein summarisches Bild von dem Befunde derselben geben. Hierzu will ich gleich vorausschicken, daß ich nicht ganz befriedigt heimgekehrt bin. Die exakte Handhabung der Kassenbücher ist noch

durchaus nicht in Fleisch und Blut der Kassierer übergegangen. So wird z. B. die Wertzeitkontrolle für den Zitatekassierer nirgends richtig, zum Teil überhaupt nicht geführt. Dies wird recht, nachdem die Anleitung hierzu gegeben worden ist, hoffentlich besser werden. Meistlich verhält es sich mit dem Massabuch. Hier ist es glücklicherweise nur eine Zitate, welche überhaupt noch keine Eintragungen gemacht. Andere kommen her und machen erst am Schlusse des Quartals eine summarische Eintragung. Wieder andere schließen monatlich oder quartalsweise nicht ab usw. Es fehlt in diesem Punkte also noch vollständig das Einseitige. An dieser Stelle soll daher noch einmal gesagt werden, daß sämtliche Einnahmen und Ausgaben im Massabuch einzutragen sind und monatlich oder vierteljährlich, je nach der Größe der Zitate resp. der Einnahmen und Ausgaben ein Abschluß zu machen ist. Ferner sei darauf hingewiesen, daß für jede Ausgabe, die gemacht wird, eine Quittung vorhanden sein muß. Es genügt durchaus nicht, zu sagen, das hat der und der bekommen, sondern durch Unterschrift muß der Empfänger das Bestehen bescheinigen. Ebenso sind die Liefererschein- und Quittungsbücher mehr zu benutzen, wie es bisher der Fall ist. Bei einer richtigen Handhabung dieser letzteren kann man auch den Markenverlusten eher auf die Spur kommen, als da, wo dies nicht geschieht. Hoffentlich werden die Anleitungen, welche den Kassierern in einzelnen Fällen gegeben wurden, beachtet und danach gehandelt. Dann werden auch die Mängel, welche heute noch vorhanden sind, verschwinden.

Am Anschluß an die Revisionen fanden dann auch überall Versammlungen statt mit Ausnahme von Aurth, wo den Kollegen der hierfür festgesetzte Tag nicht geeignet erschien. Die Versammlungen waren durchweg, mit einigen Ausnahmen, nur schwach besucht. Trotz hundertem von Handzetteln und einem bisser noch nicht gebörten Referenten. Unorganisierte Kollegen waren, mit Ausnahme von München und Nürnberg, fast gar nicht erschienen. Es ist dies wiederum ein Beweis dafür, daß wir das Schwergewicht unserer Agitation mehr in die Betriebsbesprechungen legen müssen. Die Zeiten sind vorbei, wo große Versammlungen noch als Anziehungskraft für die Unorganisierten galten. Die Alleinagitation oder die, wenn man es so nennen will, von Mund zu Mund betriebene Agitation, muß hier nachbessern. Sie muß diejenigen, welche den Weg zur Versammlung nicht finden, für die Organisation zu gewinnen suchen. Es soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß die allgemeinen Versammlungen überflüssig sind. Durchaus nicht. Auch diese haben von Zeit zu Zeit stattzufinden, damit die Kollegen das dort Gehörte wiederum zur weiteren Agitation verwenden können.

G. A.

Gau Dresden.

Während der Abwesenheit des Kollegen Preißler aus seinem Wirkungskreise fanden in den einzelnen Orten des Gau's Agitationsversammlungen statt, in welchen der Kollege Riedel, Berlin referierte. Die Arbeiterpolitik der deutschen Stadtgemeinden sowie die Unterstützungsanstaltungen unseres Verbandes bildeten die Themas in den verschiedenen Zitate.

In Görlitz war die allgemeine Versammlung nur schwach besucht. Trotz der äußerst schieben Bezahlung der dortigen Kollegen bringt man der Organisation nur geringes Interesse entgegen. Unterstützt wird dieses noch durch das Vorgehen der einzelnen Betriebsorganen, welchem sich die Arbeiter größtenteils ohne Widerspruch unterwerfen. Amtehrin ist ein guter Kern der Organisation vorhanden und dürfte in der Versammlung geplatzten Diskussionen den noch Fernstehenden den Weg zum Zusammenstoß gezeigt haben. Ueber die schwebenden Vorklagen, die gleichfalls mit zur Verhandlung standen, haben wir bereits in voriger Nummer gesondert berichtet, so daß sich ein nochmaliges Eingehen darauf erübrigt.

Unsere Kollegen in Zitta u hatten sich in nennenswerter Zahl eingefunden. Nach dem berallig aufgenommenen Referat fanden auch hier Lohnfragen zur Verhandlung. Die vorgelegte Eingabe an den Rat der Stadt, die in eingehender Weise eine Regelung der Lohnverhältnisse usw. fordert, fand die Zustimmung der Versammelten.

Döbeln ist keine der Städte, die mit vielen städtischen Arbeitern aufwarten kann. Somit darf auch nicht auf eine große Masse der Organisierten gefolgert werden. Aber doch hat sich der kleine Peinstand, den wir dort hatten, langsam erhoben und stetig zu erwarten, daß bei dem Opfermut und Idealismus der dortigen Kollegen das Wachstum der nun gegründeten Zitate auch für die fernere Zukunft gefördert wird. Prozentual waren hier die Mitglieder im Vergleich zu den anderen Zitate am höchsten zur Versammlung erschienen. Dem Vortrage folgten die Vorstandswahlen der neuen Zitate. Hoffentlich hält auch der Ausschuss der Mitgliedschaft für die weitere Zeit an.

Auch in Freiberg war ein außerordentlich starker Besuch der Kollegen zu verzeichnen. Der Magistrat, der über den Umsturz des ganzen Gemeinwezens fürchtete, hatte sogar für Ueberwachung der Versammlung durch einen Arminialbeamten Sorge getragen. Einer Aufforderung, den Saal zu verlassen, kam letzterer nicht

nach und so mußten wir mit dem ungewohnten Gaste vorliebnehmen. Die Stimmung unter den Erschienenen war aber deshalb nicht gedrückt; vielmehr verlief die Versammlung trotzdem in gewöhnlicher Weise. Gegen die polizeilichen Übergriffe ist selbstverständlich Beschwerde erhoben.

Den Abschluß im Gau bildete die Versammlung in Dresden. Wenn auch nicht von überfüllten Räumlichkeiten zu reden war, so hatte sich doch immerhin eine imposante Anzahl Besucher eingefunden, die dem Vortrage unter oftmaliger Beifallsbekundung folgten. Eine Anzahl Vorklagen, die zur Behandlung standen, zeigten eine lebhaft diskutierte, denn: sich zum Schluß ein wichtiger Appell zum Anschluß an die Organisation anknüpfte.

Allgemein betrachtet, ist die Lage im Gau, wenn auch keine äußerst gute zu nennen, so doch sicher dazu geeignet, der nächsten Zeit Fortschritte in der Organisation zu bringen. Der gute Geist, der allerorts herrscht, wird schon die Klappen des Indifferentismus umfließen und den Gedanken der Solidarität dort einpflanzen, wo er bislang noch keine Stätte gefunden hat.

O. R.

Off- und Westpreußen.

Einigermassen kultivierte Menschen empfinden bei Kennung dieser östlichen Provinzen schon ein gelindes Grauen. Die Selbstherrlichkeit der Junkerriebe hat diesen Landesstrich ihren Stempel aufgedrückt. Die Arbeiterbewegung liegt hier noch ziemlich im argen. Wirklich gute Gewerkschaftsorganisationen sind nur wenig zu entdecken. Für unseren Verband mit seinen Fortschritten ist das Terrain etwas zu feurig. Immerhin haben wir zurzeit in Danzig, Königsberg und Tilsit Filialen. Königsberg ist ja schon 1897 einmal dem Verbands angegeschlossen gewesen, jetzt datiert der Filialbestand vom Jahre 1905. Danzig und Tilsit sind erst im Laufe dieses Sommers erwachsen, beide sind also noch recht jung in unserer Bewegung.

Deffentlichkeitsmacht macht der Verband hier gute Fortschritte. An Hindernissen fehlt's freilich nicht. In Danzig kommen da die Herren vom Verein städtischer Arbeiter und stellen sich entgegen. Die Polizei hat auch ihre liebe Not mit uns. Muß sie doch nun wieder etwas mehr hinter den „Noten“ herlaufen und aufpassen, daß ungehört keine Handzettel verteilt werden und Versprechungen nicht ohne ihren Schutz abgehalten werden. Der Versammlungsbesuch war verhältnismäßig schwach; böse Menschen behaupten allerdings, daß man zur Erzielung dieses Resultates extra Überstunden angeordnet habe. Der Druck der Verwaltung macht sich verschiedentlich bemerkbar, das Gros der Kollegen hält aber stand. Es ist also auch zu erwarten, daß der Verband Fortschritte macht. Zum Teil quämen ja die Gegner selbst für uns, sie machen die Indifferenten aufmerksam durch ihren Widerstreit. Der Verlauf der Versammlung war ein vollständig regulärer.

Eine annehmbarere Bewegung haben wir ohne Zweifel noch in Königsberg. Das dort vom Vor gelegene Versammlungslokal beeinträchtigt ziemlich den Versammlungsbesuch, immerhin kann er als gut mittelmäßig gelten. Die Versammlung selbst verlief ohne Zwischenfall.

Im „eigenen“ Heim der Arbeiterschaft lagte die Versammlung in Tilsit. Ein kleines selbst erbautes Säuschen ist hier der Zusammenkunftsort der organisierten Proleten. Die Kollegen waren dem Stand der Bewegung entsprechend zahlreich zur Stelle und nahmen regen Anteil am Verbandsleben. Vor allem zeigten sie sich wifbegierig, um anderen wieder mit der gewordenen Aufklärung dienen zu können.

Alle drei Versammlungen galt lediglich der Agitation, dementsprechend war auch die Tagesordnung für die Versammlungen. Natürlich wurden außerdem noch Anleitungen zur guten Geschäftsführung gegeben und auch Massentrevision vorgenommen.

Das Gesamtbild unserer Organisation in dieser Gegend ist trotz alledem vertrauenswürdig. Der Geist der Mitglieder und die Sympathie für unsere Sache ist gut. Was wir in all den fehlenden Städten etwas erreichen, wird wohl noch manche Spanne Zeit verstreichen, die ersten Anfänge sind gemacht und in Königsberg haben wir festen Stamm. Es ist also ein Platz vorhanden, von dem weiter gebaut werden kann. Wegen die Filialen sich entfalten zum Nutzen der Bewegung, zum Vorteil für den Verband. A. M.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Stadt Berlin.

II.

In dem Verfahren, die generelle Regelung der Arbeitsbedingungen in den Berliner städtischen Betrieben von neuem vor die Stadtverordnetenversammlung zu bringen, beengten sich die Absichten der organisierten Arbeiterschaft mit denen der sozialdemokratischen Fraktion. Diese hatte einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt und eine Kommission von fünf Mitgliedern mit den nötigen amfängerischen Vorarbeiten betraut. In Gemeinschaft mit der Berliner Fortbewegung, die ihrerseits im ersten Anlauf mit der Kollegenenschaft handelte, wurde das Material in allen Einzelheiten durchgearbeitet. Sowohl die Lohnverhältnisse des ver-

flossenen als auch des laufenden Etatsjahres wurden für sämtliche Betriebe und alle Zwerge und Gruppen aufgestellt, um so die wünschenswerten Unterlagen für die neuen Forderungen zu schaffen. Ebenso fanden die sonstigen Verhältnisse eingehende Feststellungen, deren Resultat die im vorigen Artikel enthaltene Tabelle war.

Die nach diesen Vorarbeiten vorgenommene Aufstellung der Grundsätze für die Forderungen zum Etat 1909/1910 zeigte absolute Einmütigkeit zwischen den Vertretern der politisch organisierten Arbeiter im Roten Hause und den Vertrauensmännern der Gewerkschaft, indem als erste Notwendigkeit die einheitliche Regelung der Arbeitszeit und der Löhne erkannt wurde. Nach einer Reihe von Beratungen lag schließlich das Projekt derselben in Gestalt eines 18seitigen Kolloquiums vor, das in Tabellen den gegenwärtigen Zustand der Arbeitsbedingungen übersichtlich nachweist und die Verbesserungsvooridrläge enthält.

An der Spitze der Forderungen steht die Verkürzung der Arbeitszeit:

- a) in allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem);
- b) in sämtlichen anderen Betrieben auf 9 Stunden;
- c) für das Vadepersonal auf 10 Stunden täglich (die Mittagspause wird auf 3 Stunden festgesetzt; in jeder Woche wird ein ganzer freier Tag gewährt);
- d) für das Pflege- und Mänschenpersonal der Pflegeanstalten einschließlich einer einstündigen Mittags- und je einer halbstündigen Frühstücks- und Vesperpause auf 12 Stunden unter gleichzeitiger Aufhebung des Logiszwanges; jede Woche einer freien Tag; jeder zweite davon an einem Sonntag;
- e) für die Handwerker und Arbeiter der Bade- und Pflegeanstalten ausschließlich Rausen auf 9 Stunden, in den kontinuierlichen Betriebszweigen auf 8 Stunden (Dreischichtsystem).

Es kann an dieser Stelle unterlassen werden, auf den immensen kulturellen Wert einer vernünftigen Verringerung der Arbeitszeit an sich noch hinzuweisen. Das ist eine Weisheit, die selbst bürgerliche Sozialpolitiker, die ernst genommen werden wollen, als Notwendigkeit sozialer Reform anerkennen. Wenn das im Rathaus in Berlin noch nicht eingesehen wird, so liegt darin kein Ruhmestitel für die dort regierenden Herrschaften. Schon die ganze Struktur der Großstadt, die den Arbeiter mit seinem Domizil an die Veripherie und darüber hinausdrängt und durch den weiten Weg zur Arbeitsstätte die effektive Arbeitszeit meist um 2 Stunden verlängert, verlangt Beschränkung der letzteren. 10 und mehr Stunden sind da unhaltbar und lassen kaum Zeit zur Verrichtung der physischen Bedürfnisse, so daß gesundheitliche Schädigungen die selbstverständliche Folge sein müssen. Ganz besonders werden solche Wirkungen durch die noch immer mit Ausnahme der Gaswerke in sämtlichen kontinuierlichen Betrieben bestehenden 12stündigen Tag- und Nachtschichten hervorgerufen. Das gleiche trifft auf die teils noch längere Arbeitszeit in den Bade- und Pflegeanstalten zu; nicht selten ist hier 14 Stunden Dienst, der denn auch — durch die mit ihm verbundenen Aufregungen, bestrafweise in den Anstalten häßlich — sehr bald zur völligen Zerrüttung des Nervensystems führt. Und wo soll bei solcher Tätigkeit, die den Namen Arbeit kaum noch verdient, die geistige Entwicklung des Arbeiters bleiben, die nicht zuletzt mit im Interesse des Arbeitgebers liegt? Wo kommt die Zeit her zu dem vielgepriesenen Familienleben, über dessen angeglich durch die Arbeiter verschuldeten Wandel auch die liberalen Stadtväter in Berlin oft gar sehr zu zornen wissen? Geipreigle Reden nützen hier nichts, wenn nicht Taten in der Richtung der Arbeitszeitverkürzung ihnen folgen.

Neben den angeführten Motiven drängt aber auch die ganz unbedingte und daher haltlose Verschiedenartigkeit der Arbeitsdauer in den verschiedenen Betrieben zu einer Verringerung. Die erste Spalte unserer Zusammenstellung in voriger Nummer veranschaulicht die ganze herrschende Zerissenheit, deren Verringerung durch die Eigenart des einen oder anderen Betriebes durchaus nicht behindert wird. Der gute Wille überwindet sicher diese scheinbaren Klippen. Eine ganze Reihe von Städten haben den Beweis in den eingeführten allgemeinen Arbeitsordnungen bereits erbracht.

Ebenso steht es mit den Einwänden gegen die geforderte Aufhebung des Logiszwanges in den Pflegeanstalten. Hier muß auch die „Eigenart“ herhalten. Dieses Moment entbehrt aber jeder Durchschlagkraft; denn es kann einfach nicht bestritten werden, daß hier eine korrekte zweiseitige Arbeitszeit sehr wohl möglich ist, an deren jeweiligem Schluß die betreffenden Angehörigen die Anstalt verlassen. Nur das Wohnen in denselben spricht nicht das Gegenteil. Allerdings ist eine Veritärkung des Nachtdienstes und damit erhöhter Kostenaufwand nötig; doch wird letzterer so gering sein, daß man eine so eminent wichtige Reform nicht übersehen darf. Die ungeheuerliche Multiplikation des Anstaltspersonals, welche sich allgemein 100 Proz. und mehr beträgt, ist in erster Reihe auf die mit dem Logiszwang verbundene Unfreiheit zurückzuführen. Hingegen hat man dies, wenn auch noch sehr verstreut, bereits eingesehen und damit das Gerede von der „Eigenart“ selbst ent-

kräftet, indem in Such für die neue Anstalt außerhalb des Stations derselben Familienhäuser für Pfleger erbaut worden sind. Es geht also! Fort deshalb mit dem elenden Logiszwang und möglichst bald auch mit der Anstaltsüberfüllung!

Eine planmäßige Neuregelung der Arbeitszeiten ist — wie aus vorstehendem ersichtlich — durchaus nötig. Soll aber dabei etwas Ganzes herauskommen, so muß vor allem die Behandlung solcher Dinge aus den einzelnen Verwaltungen herauskommen und seitens des Magistrats in die Hand genommen werden. Die Diminution von Vertretern der Arbeiter würde diesem dabei wertvolle Hilfe leisten.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Straßenreiniger in Leipzig.

Seit dem Jahre 1903 befinden sich die hiesigen Straßenreiniger in einem ununterbrochenen Lohnkampfe. Daß es so in, daran sind nicht sie schuld, sondern das miserabile Verhalten des Leipziger Rates, durch die seit Jahren gültige Sparpolitik und Kleinmützigkeit an Arbeiterlöhnen. Eine festerbare Art der Arbeiterfürsorge, oder wie die andere Tonart heißt, die Offenbarung des warmen Herzens für die Arbeiter. Nur eine Stadt wie Leipzig muß es geradezu bedauernd wirken, daß sie als Arbeitgeber noch nicht einmal den von ihr als Verwaltungsbehörde festgesetzten ortsüblichen Tagelohn den eigenen Arbeitern zahlt. Denn bei 38 Pf. pro Stunde Anfangslohn ergibt sich das einfache Beispiel: bei 9stündiger Arbeitstag 342 Pf., macht 3,12 Mk., während 3,50 Mk. Lohn als ersichtlich seit Jahren besteht. All die eingereichten Forderungen der Arbeiter auf Erhöhung der Löhne vermochten den Rat nicht zu erweichen, trotz der in Leipzig vorhandenen immens gesteigerten Lebensmittelpreise und Wohnungsrenten. In das Schicksal der schlechten Bezahlung teilen sich beide Arbeiterkategorien, Vorarbeiter wie Arbeiter. Ihre Löhne bewegen sich auf folgender Basis:

a) Straßenreiniger:			
Im 1. Dienstjahr	38 Pf. pro Stunde		Arbeitszeit 9 Stunden
" 2. "	39 " " "		
" 3. "	39 " " "		
" 4. und 5. Dienstjahr	40 " " "		
" 6., 7., 8. u. 9. Dienstjahr	41 " " "		
Nach dem 10. u. folg.	42 " " "		
b) Vorarbeiter:			
Im 1.— 5. Dienstjahr 48 Pf. v. Std., Wochenlohn	23,22 Mk.	Arbeitszeit 9 Std.	
" 6.—10. "	44 " " "		
" 11. u. folg. "	45 " " "		

Bei den Straßenreinigern ist zu bemerken, daß die 38 Pf.-Lohnstufe erst seit August 1907 eingeführt ist, während die Lohnordnung seit April desselben Jahres in Gültigkeit steht. Vom 20. Dezember 1907 ab werden bis auf Widerruf die Wochenfeiertage mitbezahlt. Daß aber den Arbeitern dadurch etwas geschenkt sei, kann nicht behauptet werden, denn zu den Feiertagsarbeiten werden jetzt fast alle herangezogen, was früher nur im vereinzelten Falle geschah. Die Bezahlung der Wochenfeiertage muß also so gut wie fast ganz erarbeitet werden. Den Vorarbeiterlöhnen liegt die angeführte Stundenlohnhöhe bei der Berechnung des Wochenlohnes zugrunde. Vor dem 1. April 1907 wurden die in die Woche fallenden Feiertage, wenn an ihnen gearbeitet wurde, besonders vergütet. Das ist seit jener Zeit in Wegfall gekommen und bedeutet sonach eine Verringerung der bisherigen Einkünfte, die durch die Erhöhung von 51 Pf. pro Woche nicht aufzuwiegen wird. Die Berechnung von 15 Pf. pro Stunde erweist sich seit ganz kurzer Zeit. Von einer eigentlichen Zulage, die allen Arbeitern eine Verbesserung gebracht hätte, kann man seit 1905 überhaupt nicht reden. Seit dieser Zeit sind nur kleine Schönheitspflechterchen angelegt worden. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, mag auch hier das Leitmotiv der Lohnpolitik des Rates gewesen sein. Wie es in der Entlohnung ausbleibt, so auch in den Arbeitsverhältnissen, die die Unzufriedenheit geradezu herausfordern durch ihre eigenartige Methode.

Wie wir in unserem Artikel in Nr. 43 v. J. behaupteten, haben sich die Dinge jetzt abgeklärt, nachdem die Gesamtarbeitung seit dem 1. April d. J. im Gange ist. Es ist einfach unmöglich, das vorgeschriebene Arbeitspensum zu leisten, da man im vorigen Jahre bei der Probearbeit infolge Regen und Jagens sowie übermäßigen Treibens seitens der Vorgesetzten von den Arbeitern herausgeschunden. In nicht geringer Verlegenheit befindet man sich deshalb vielfach, wenn man dem auf dieser Basis zustande gekommenen Dienstplan gerecht werden und dabei auch die Arbeit ordentlich ausführen haben will. Bei der Probe hat man sich dies teilweise sehr leicht gemacht. Ganze Straßen überflügelt man fast nur, hier und da das Papier aufweisend, und immer heißt weiter, damit die Minuten an der Kontrollstation eingehalten werden konnt. Das Verfahren rächt sich jetzt bitter. Es sind im Dienstplan Straßen zum Reinigen für eine

Zeit aufgeführt, die man bei normalem Gang zum Durchgehen benötigt. Dann finden sich wieder Touren, die die Dienzeit bis 15 und 20 Minuten nach Schluß ausdehnen. Hier kommt die Pünktigkeit der Verwaltung markant zum Ausdruck. Was in der regulären Zeit nicht geleistet werden kann, kommt nach derselben daran; nur hat man sich über die Bezahlung solcher Nebenzeit bis jetzt kein ausgesprochenes. Im allgemeinen ist die oberflächliche Meinung die reinste Galopparbeit. Die Kollegen unter sich nennen sie sogar Strafarbeit und fliegende Molonnen, weil sie diese Arbeit im „Anlage“ ausführen müssen. Der frühzeitige Vorsturm ist die Folge. Daß bei einer solchen Durstbilanz durch die Strafen zum Sprengen wenig Zeit verwendet werden kann, wird einleuchtend. So hat denn auch das liebe Publikum schon längst seine Langmut zu Grunde getragen und läßt seinen Unwillen in den hiesigen Tageszeitungen los, in denen, nebstbei gesagt, diese Stimmen fast eine ständige Rubrik bilden. Wird's aber helfen bei St. Vincenzkrampf? Daß bei der Hauptreinigung in der Nacht die Dinge wesentlich anders lagen, kann nicht behauptet werden. Die Jagerei ist auch hier an der Tagesordnung. Nur gesellen sich noch andere Verhältnisse hinzu, die bei der Jugend dieses Spitzens für unsere Erde der Zukunft zum Ausmerzen vorbehalten bleiben müssen. Ist es da nicht ein hart bezetzter Studiengang oder ein anderer ungeliebter Jüngling des Gambinus, der seine Illusionen und Belästigungen an unseren Kollegen je nach seinem „Bildungsgrad“ loszulassen sich nie bereuen hält, so sind es unsere Hausgenossen oder deren Praktikanten, die eine gar scharfe Kontrolle darüber sich anmaßen, daß auch ja jeder Fleck ihrer Grundstücksfläche sauber gekehrt wird, was sie ungeheuer teuer bezahlen müssen. Daß hierbei Auseinandersetzungen sich von Zeit zu Zeit herausbilden, die nicht unter die Rubrik der Viehlosungen fallen können, verliert sich wohl am Rande. Den Vorgesetzten haben die Arbeiter, eben die Vorarbeiter, noch ebendrin, abgesehen von den sonstigen Schereorien, die mutwillig herausfordernde Reden nach sich ziehen. Für die Nacharbeit wird bemutlich ein Zuschlag von 25 Proz. zum Lohn verlangt, da doppelte Aufwendungen für Nahrungszunahme gemacht werden müssen. Daß die Nacharbeit auch in gesundheitlicher Beziehung dem Körper wenig zuträglich ist, scheint man auf unserem Rathhaus nicht zu wissen, sonst würde man wohl längst den Wünschen der Arbeiter besser entgegengekommen sein. Aber auch den Vorarbeitern ist es nicht etwa leicht gemacht. Denn nicht immer sind es die fähigsten Kutscher, die die Leipziger Fuhrwerksbesitzer dem Rate zum Fahren der Mehrmaschine zur Verfügung stellen. Oft schon haben diese armen Ausgebeuteten ihrem Fuhrherrn bei langer Tagesarbeit frönen müssen, dann werden sie des Kadus der Leichtfertigkeit der Arbeit wegen zur Mehrmaschine beordert. Daß bei einer solchen überlangen Arbeitszeit, zumal bei der matten Meinung des Kadus, der abgeraderte Körper sich durch Schlaf zu stärken sucht, bereit ist und empfindet jeder vernünftige Mensch. Wie aber sieht's dann mit der Arbeitsausführung, wo jede Minute berechnet ist? Die Lösung ist nicht schwer. Bisher angeordnete Maßnahmen bei den betreffenden Aufsehern sind fast völlig unbeachtet geblieben. Es drängt sich da unwillkürlich die Meinung auf, daß dies geschieht, um in das freundschaftliche Verhältnis zu den Fuhrwerkseignern eine Mischung hinzubringen. Eine Regelung tut auch hier not. Die ganze Arbeit bei Tage wie bei Nacht ist aber gegen früher bedeutend anstrengender. Dessen scheint man sich auch in diesem Frühjahr bei der Einstellung von Ersatzkräften wohl bewußt gewesen zu sein. In dem angebotenen Arbeitsangebot in der hiesigen Tagespresse war nur von vollkräftigen Arbeitern, die das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die Rede. Wie es mit der sonstigen Praxis bezüglich der ganzen Höhe von Gehältern um Einstellung in den städtischen Dienst hier auszuweisen haben mag, ergibt sich aus der Tatsache, daß man sicherheitsshalber von jedem zuzugewandten eine Maut von 6 Mk. hinterlegen ließ, die beim ersten Lohnmangel unverzinst zurückerstattet wurde. Daraus können die Arbeiter ersehen, wie es um die Medereien mancher Vorgesetzten bestellt ist. Die Strafe wurde diesem Gebaren noch dadurch aufgesetzt, daß den neuen Leuten Versprechungen gemacht wurden, die nicht eingehalten sind. Man hatte z. B. von 21 Mk. Wochenlohn, nichtbezahlter Sonntagsarbeit usw. um sich zu werben gewollt. Diese Forderungen sind aber Eigentum der Arbeiter und leider bis jetzt noch nicht erfüllt.

Wenn wir nun noch ein anderes Beispiel zu geben verpflichtet sind, so ist auch dies nicht geeignet, Rahmenblätter im diesen Winterbetrieb abzugeben. Die Abzüge für Ordnungstrafen und Erfolgeleistungen für Feiertagsgehälter event. Abendstunden werden allgemein eine bewegliche Menge. Dabei kann es nicht schmeichelhaft genug zugehen. Uns will es aber dünken, als wenn das Sprichwort: „Gehtene Herren regieren nicht lange“, auch hier sich einmal wider bewahrheiten sollte. Von der rüchriosen Strafpraxis einige Proben im Original: Nr. 1. Dem Arbeiter 5 und so in drei Monatszahlungen Abzug 3,20 Mk. für einen verlorenen Sandbeutel. Dieser Sandbeutel soll dem betreffenden Arbeiter ohne sein Verschulden im Dunkel der Nacht abhanden gekommen sein. Nr. 2. Dem Arbeiter 9. in drei Monatszahlungen 4,75 Mk. Abzug für eine verlorene Dienstmütze und wegen Ver-

Leidigung des Hilfsaufsehers R. infll. einer Ordnungsstrafe. Die Mühe soll dem Arbeiter im Dunkel der Nacht vom Sturm erfährt und bis jetzt noch nicht wieder aufgehoben sein. Nr. 3. Dem Arbeiter J. wegen Reparatur einer Handwalze 3 Mt. Abzug, auch in drei Monatszahlungen. Die betreffende Walze ist beim Transport ohne Verschulden des bestraften Arbeiters vom Wagen gefallen, so daß sich die Reparatur angeblich notwendig machte. Das sachmännliche Urteil läßt jedoch auch eine andere Erklärung zu. Weil nun aber der bestrafte Arbeiter bei der Arbeitsausführung, wenn auch beim Transport unbeteiligt, der dienstältere Arbeiter war, — ein Vorkarbeiter war auch zugegen —, hat er die Strafe allein zu bezahlen. Freilich soll nicht vergessen werden, daß ihm väterlich, fürsorglich, mit auf den Weg gegeben wurde, er könne auch die anderen beiden Hebeblätter mit zur Deckung heranziehen. Solche Gefälligkeiten lassen bekanntlich auf sich warten. Ueber die rechtliche Zulässigkeit solcher Abzüge sind schon in der Versammlung vom 6. September von einigen Rednern starke Zweifel erhoben, und es dürfte auch nicht unangebracht erscheinen, das Gericht einmal dazu zu beschäftigen, das zweifelhafte eine dankenswerte Aufklärung in des Rätsels Lösung bringen würde. Daß es noch glimpflich hergeht, wenn bei Zuspätkommen mit 50 Pf. bestraft wird, wollen wir zum Schluß noch hervorheben. Sonntags wird Zuspätkommen meistens auch noch mit Zuschussstrafe bestraft. Der ergebene Schluß, alle Mühe und Aufwand, um 5 Uhr zum Dienstantritt, vielleicht vom entgegenere Wohnort her, zur Stelle zu sein, sind dann umsonst gewesen.

Aur den Arbeiterauskunft wäre es eine dankenswerte Aufgabe, hier in das Streiksystem etwas Licht zu bringen und seine Interpellationen loszulassen. Vergleichend ist eigentlich seine Pflicht. Auch die Kollegen der Versammlung vom 6. September wünschten das.

Der Stadtrat kann aber auch anders. Bei den Arbeitern wird gepart. Jetzt spricht man wieder von der weiteren Anstellung von mindestens 6 Hilfsaufsehern. Das wäre eine ziemliche Ausgabe. Die schönen, schneidig aussehenden Uniformen, ohne die es ja nun einmal nicht abgeht, zum Gehalt hinzugerechnet, und dann noch die teuren Automobilkontrollfahrten bei Nacht ergeben eine Summe, die, unter die Arbeiter als Zulage verteilt, manche Not und Sorge von den Familien, speziell den haushaltenden Wüttern, nehmen könnten. Man spart hier eben nur immer nach unten und nicht nach oben.

Deshalb, Straßenerweiterung Leipzig, schließt Euch Eurer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an, damit wir besser einwirken können auf die Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. D. Sch.

Aus den Stadtparlamenten.

Lichtenberg. Ein Denunziantenstückchen in der Stadtverordnetenversammlung! Die Stadtverordnetenversammlung beabsichtigt sich in ihrer Sitzung am 29. September mit der Petition unserer Kollegen, um Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse, Einführung von Wochenlöhnen, Festsetzung einer Lohnskala, Verkürzung der Arbeitszeit, Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld und Gewährung einer Feuerungszulage. Stadtv. Lewonig (Beamtenvereinter) befuhrwortete nach folgenden Beschlüssen des Ausschusses: 1. Der Magistrat wolle sich zur nächsten Ortsberatung der Frage der Einführung einer Lohnskala sowie einer Arbeitsordnung naherstreiten; 2. Bis zu demselben Zeitpunkt die Frage der Einführung von Wochenlöhnen auf ihren finanziellen Erfolg hin zu prüfen; 3. der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen, den städtischen Arbeitern, welche sich über sechs Monate im Dienste der Stadt befinden, eine Feuerungszulage von 5 Proz. des verdienten Einkommens zu gewähren bis zur Einführung der obenverordneten Lohnskala und Arbeitsordnung. Der Referent betonte, daß die Feuerungszulage sich rechtfertigt, insbesondere auch aus dem Umstände, daß selbst kleinere Gemeinden wie Himmelsburg u. a. höhere Löhne zahlen. Die Gemeinde habe ein erhebliches Interesse daran, durch einen entsprechend bezahlten Arbeiterstamm dem Mittelstande eine kaufkräftige Mundschaft zu erhalten! Der Berliner Magistratssekretär Stadtv. Cesar Kort trat der Aufhebung des Referenten entgegen und will sich mit der Materie erst dann befassen, wenn der Magistrat durch Verbringung von umfangreichem Material aus den übrigen Gemeinden Groß-Berlins einen Vergleich der Lage der städtischen Arbeiter mit denen anderer Gemeinden ermöglichen. Zu diesem Zwecke solle die Vorlage an den Magistrat zurückgeben. Auch bestreite er die Dringlichkeit einer Feuerungszulage! Die Genossen Duwell, Grauer und Seitel bemühten sich vergeblich, zum Teil an der Hand unanschätzbaren Materials, die Dringlichkeit der Feuerungszulage zu rechtfertigen, die Mehrheit will eine Feuerung nicht anerkennen und begründet den Verschleppungsantrag. Dieser Beschlusse wurde wieder vom Antragsteller noch vom Bureau widerprochen.) Das Verdienst, die Stadtverordnetenversammlung am den letzten Heft von Ansehen in Bezug auf die Verleihung sozialer Fürsorge gebracht zu haben, gebührt dem Stadtverordneten Mart

Grotthe, einem Erwählten der Herren von „Weiß und Bildung“! Der Herr Stadtverordnete, der im Nebenamt noch als „Vauunternehmer“ sein Dasein fristet und durch eigenen Fleiß und Sparsamkeit für sich die soziale Frage gelöst hat und etliche Mietskasernen als „seinen Verdienst“ bezeichnet, brachte der stammenden Versammlung eine Liste von etwa 20 Gemeindegewerbeten (von circa 180 beschäftigten!) zur Kenntnis, nach der ein Verdienst von 32 50 Mt. erzielt sei! Nach Herkunft der Liste und der Stundenzahl, in der dieser Verdienst erzielt sei, befragt, blieb er die Antwort schuldig. Aber etwas anderes sagte der Herr Stadtvater: „Er würde nie für eine Feuerungszulage zu haben sein. Die Arbeiter mögen nur „bescheidener“, „fleißiger“ und „aufrechter“ sein und nicht so viel gegen die Gemeinde agitieren! Es sei ein Skandal, daß die Verwaltung duldet, daß sogar ein Meister organisiert ist und Agitation treibt. Er, Herr Grotthe, würde jeden Arbeiter, aber im besonderen einen Polier, der sich erlaube, gegen seine Interessen zu agitieren, zum Teufel jagen! Daß dieses Denunziantenstückchen einzig von den Vätern der Sozialdemokraten richtig gewürdigt wurde, zeigt mit Deutlichkeit, daß Herr Grotthe nichts weiter als die Anhiaten seiner Moskafreunde zum Ausdruck gebracht hat. Nach dieser Kraftleistung hielt es noch der Rechtsanwalt Stadtv. Scheitel für notwendig, festzustellen, daß der Petitionsausschuß nicht einstimmig seine Beschlüsse gefaßt hat und empfahl die Annahme des Antrages nicht, der dann auch mit 26 gegen 18 Stimmen beschlossen wurde. Die Anträge der Arbeiter sind also wiederum verschoben. Die städtischen Arbeiter werden dem Herrn Grotthe Dank wissen für die Kraftleistung scharfmaderischer Angeberei!

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Der Betriebsdirigent des Wasserwerks Müggelsee hatte von jeher das Bestreben, die wohlwollenden Mächte der Stadtweien über die soziale Fürsorge in städtischen Betrieben Lügen zu strafen. In jüngster Zeit verweigerte er einer Arbeiterkolonne, die im Afford Sand gewaschen haben und dabei nur 3,60 Mt. also noch 60 bzw. 70 Pf. unter ihren Tagelohn verdienen konnten, die gewünschte Anrechnung des zutreffenden Tagelohnes. Als Grund wußte die Ausgabe des Aufsehers Baumgarten herhalten, wonach die Arbeiter faul gewesen wären. Mit dieser unwahren Behauptung beleidigt man Leute, die bisher fast alle 10 Jahre und länger im Betriebe beschäftigt waren. Die Tatsache, daß die Arbeiter nur mit Demde und Hosen bekleidet im trübenden Schweiß ihr Pensum erledigten, konnte auch einen Betriebsdirigenten belehren, daß hier von Faulheit keine Rede sein kann. In sozialer Rücksichtlosigkeit noch Verleumdungen der Arbeiter fügen, dazu bedarf es freilich keiner Anstrengung. Das ist auch begreuer, als einzugehen, daß durch die Anordnungen der Vorgesetzten hier eine Minderleistung zustande kommen mußte. Die Arbeiter glauben sogar, daß Schläne Veranlassung zu dieser Maßnahme war. Evident hat man nämlich den Elevator in seiner Leistungsfähigkeit um circa 12 Proz. eingeschränkt. Weiter wurde auch durch einen bedeutend verhärteten Wächterdruck der schon reine Sand wieder mit in die Schlämmrinne getrieben, so daß derselbe unmonteureweise noch einmal zum Waschen angefaßt werden mußte. Bezüglich für die Verschämtheit der Arbeiterauskunft ist es nun, daß der Betriebsdirigent eine Verhandlung der städtigen Angelegenheit mit Arbeiterauskunft ablehnte. „Erheben Sie Widerspruch“, damit sollte er sich über die erlassenen Bestimmungen für den Arbeiterauskunft hinweg. Die Betriebsversammlung der Arbeiter des Wasserwerks Müggelsee beschloß, dem Rat nachzutommen. Hoffentlich nicht mit dem von dem Herrn Kullam erwarteten Erfolg der Ablehnung. Bei der hohen Bedeutung aber, die die Wasserwerkverorgung der Stadt für den Gesundheitszustand der Bevölkerung darstellt, will uns die Akkordarbeit bei der Sandwäscherei als völlig unangebracht erscheinen. Die geringende Altruismus des Truhweisers wird sehr in Frage gestellt, wenn nicht reingewaschener Sand zur Verwendung kommt. Wenn aber der Arbeiter durch Akkordarbeit gezwungen ein großes Quantum an Arbeit zu leisten hat, dann wird eben die Qualität der Arbeit darunter leiden. Der fernere Umstand, daß im Wasserwerk Müggelsee die Älter nicht genügend geremigt werden, bedeutet wohl für die Verwaltung eine Ersparnis an Betriebskosten. Den Schaden davon tragen heute die Arbeiter, die nur anier der größten Anstrengung ihren Tagelohn und sogar nicht einmal diesen verdienen können. Ändern wird man ja das ganze System erst, wenn einmal ein Schaden für die gesamte Bevölkerung entstanden ist. Man denkt ja bei unserer städtischen Verwaltung erst den Brumen zu, wenn das Mind hineingefallen ist.

Töbels. Zeit einiger Zeit hat sich a. a. hier am Fleete einiges Leben unter den städtischen Arbeitern getagt. Monatskama schon waren eine Anzahl Einzelmitglieder hier am Ort. Das Jute esse an unserer Organisation trierte sich immer mehr, so daß die Gründung einer Zentrale erwogen wurde. Die Konstituierung und

damit die Wahl für die Leitung der Filiale fanden denn auch am 24. September in einer dazu einberufenen Versammlung statt. Wünschen wir diesem neuesten Sprößling unserer Organisation guten Aufschwung, damit er mit dazu beitragen kann, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Dresden. In unserm am 26. September abgehaltenen öffentlichen Gemeindegewerkschafterversammlung kam vorerst ein Vortrag des Kollegen Oscar Niedel-Berlin über „Arbeiterpolitik der deutschen Stadtgemeinden“ zu Gehör. Beim zweiten Punkt, nämlich über den Stand der Lohnbewegungen, knüpfte Kollege Preiser an die Worte des Herrn Oberbürgermeisters an, die da besagen, daß die städtischen Arbeiter, wenn sie selbst zu ihm kämen, in ihren Wünschen berücksichtigbar werden sollten. Wie dieses aber in die Wirklichkeit umgesetzt wurde und sämtliche Arbeitervereine mit dem Ersuchen an den Herrn Oberbürgermeister herantrugen, gehört zu werden, wurden sie abschlägig beschieden und an ihre Resignation zu überweisen. In den letzten Sitzungen war allerdings Herr Stadtrat Dehm als Vertreter des Rates mit zugegen. Alles dies jedoch erst, nachdem sich die Herren fast ein Jahr lang überlegen mußten, inwiefern sie auf die Petitionen vom Jahre 1907 antworten konnten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die versammelten städtischen Arbeiter sprechen den Arbeitervertretern für ihre einkündlichen Vorgehen die volle Anerkennung aus und geben die Hoffnung Ausdruck, daß die städtischen Kollegen die Bedürfnisse der städtischen Arbeiter berücksichtigen werden. Die Versammelten erkennen aber gleichzeitig an, daß es die Pflicht aller städtischen Arbeiter ist, sich in ihrem Vorgehen geeicht zu fühlen und erwarten daher, daß die Gesamtheit der städtischen Arbeiter sich der für sie zuständigen Organisation, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließt.“ Unter Gewerkschaftsmitgliedern wurde beschlossen: „Den Arbeiterausschüssen den Auftrag zu erteilen, behufs Bekämpfung von Winterarbeit beim Rate vorzugehen.“ In der Diskussion appellierten einige Redner an die Kollegen, im eigenen Haushalt geizig tätig zu sein und die Frau hauptsächlich auf dem gewerkschaftlichen und politischen Gebiete anzustellen, damit sie sich nicht indirekt dem gewerkschaftlichen Prinzip gegenüberstellt, was doch immer wieder in einzelnen Fällen vorkommt.

Offen. Mit welcher Willkur städtische Arbeiter mitunter behandelt werden, beweist nachstehendes: Ein Plakatschreiber des städtischen Gaswerks, er hort sich gerne Meister anreden, macht es zu seiner besonderen Aufgabe, die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst auszunutzen. Die Plakatschreiber sollen ein gewisses Arbeitspensum leisten. Es sollen von früh 6 Uhr bis mittags 12 Uhr 20 Waggons Kohlen ausgeladen werden. Um nun die Arbeiter zu noch größerer Leistung anzuspornen, verfährt der Meister jedem, der von früh 9 Uhr bis mittags 16 Waggons ausladet, eine Leberwurst, derjenige, welcher in derselben Zeit 20 Waggons ausladet, sollte zwei Leberwurst bekommen. Die Leute, welche dem Wirth des Aufsehers nachkommen konnten, erhielten die versprochene Extrabergütung. Wir werden dahingegen sein lassen, ob Arbeiter das Meist haben, auf diese Art und Weise Leberwurst zu schreiben. Die Arbeiter sollten aber auch bei derartigen Fällen auf ein solches Angebot verzichten, denn sie sind immer im Nachtheil. Ein Arbeiter hatte in obgenannter Zeit auch 16 Waggons bewältigt, hatte sich aber einiger Aussende, welche auf das Ausbeutungssystem Bezug hatten, bedient. Er bekam wohl einen Stundenlohn mehr ausbezahlt und wurde für seinen guten Willen — gekündigt. Ködler können solche Herren nicht brauchen. Aber auch sonst belummert sich derselbe Aufseher viel um die privaten Verhältnisse der Arbeiter; so sagte er zu einem seiner Untergebenen: „Sie sind auch im Verband, wollen Sie nicht mehr arbeiten?“ Ganz abgesehen davon, daß dem Herrn diese Angelegenheiten seiner Arbeiter nichts angehen, sollte er doch seine Nase ganz wo anders hinstrecken. Er sollte fernher an die Jahre denken, wo er selber als ganz gewöhnlicher Arbeiter tätig war, wenn er sich nicht dazu zu erinnern vermag, dann sind ja noch so manig Arbeiter auf dem Gaswerk beschäftigt, welche ihm jene Zeit vergewaltigen können.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 21. September im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf: „Die Konsumgenossenschaften und ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben“. Der Vortragende untersuchte und belebte den Vortrag durch Lichtbilder. Gezeigt wurden Gebäude und Betriebe der englischen Konsumvereine sowie der Hamburger „Produktion“, welche gewaltige Bedeutung die englischen Konsumgenossenschaften erlangt, beweist der Jahresumsatz der betreffenden englischen Großkonsumgenossenschaft. Dieser Umsatz beträgt 556 Millionen Mark. Die Gesellschaft hat viele große Fabriken, sogar eigene Teerfabriken und ferner eigene Zechen. Ein Arbeiterunternehmen von großer Bedeutung. Es liefert den Mitgliedern der angeschlossenen Konsumvereine gute und billige Ware und mehreren Tausend dieser Mitglieder Arbeit; die Arbeiter arbeiten also in ihren eigenen Betrieben. Dies ist auch das Ziel der Hamburger „Produktion“. Diese Genossenschaft hat schon 11000 Mitglieder und in Hamburg und Umgegend eine große Zahl eigener Wohnhäuser und Verkaufsstellen, eine Paderci und eine

Schlächterei. Demnächst sollen auch Fabriken errichtet werden. Gewerkschaftlich ist dieses Unternehmen insofern von größter Bedeutung, als es schon vielen von Privatkapitalisten gemahregelten Arbeitern lohnende Arbeit gewährt und ferner, indem in einigen Jahren noch viel mehr Arbeiter werden beschäftigt werden können. Mit der Zeit werden dies mehrere Tausende sein. Es soll auch darauf hingewiesen werden, daß solche Großkonsumgenossenschaften den Preistreibern auf dem Warenmarkt entgegenwirken. In allem trägt jeder bei, der Mitglied der „Produktion“ wird. Unsere Mitglieder werden daraus die Kubanwendung ziehen.

Die Staatskassalarbeiter beschäftigten sich in ihrer Sektionsversammlung mit den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen. Es herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Hilfsarbeiter müssen fast alle schon viele Wochen zwangsweise feiern, und auch die festen Arbeiter haben nacheinander in den letzten Wochen allwöchentlich einige Tage ohne Arbeit zubringen müssen. Sind die Arbeiter ohne Beschäftigung, wird ihnen für diese Zeit natürlich auch kein Lohn gezahlt. Mit dem üblichen Arbeitslohn läßt sich aber in normalen Zeiten, wenn alltäglich gearbeitet wird, der Lebensunterhalt kaum bestreiten. Mein Wunder, daß bei der chronischen Arbeitslosigkeit das arme Gebeiß Hungerstolz aufsteht. In vielen Familien sieht es trübselig aus. Der Staat aber ist untätig. Es ist ja auch so einfach, Arbeiter, die man zur Arbeit nicht gebraucht, zu entlassen. Was darüber ist, ist dem Staate vom Hebel. Daß die Arbeiter leben wollen und müssen — das ist nicht die Sorge unserer hochwohlwährenden Staatämter. Das wäre ja auch Sozialpolitik. Wir verweisen auf den Bericht des bürgerlichen Ausschusses zur Prüfung der Anträge der Arbeiter- und Lohnverbände in den Staatsbetrieben. Der Ausschuss hat alles wunderbar schön vorgefunden. Vornehmlich soll von einer Verkürzung der Arbeitszeit keine Rede sein. Denselben Text finden die Verwaltungsbehörden. Auch der Deputation für Handel und Schiffahrt kommt der Gedanke nicht, daß doch zum mindesten in der gegenwärtigen arbeitslosen Zeit die Arbeitszeit verkürzt werden müßte, damit mehr Arbeiter beschäftigt werden können und dadurch weniger mit ihren Familien zu hungern brauchen. Die Versammlung erklärte, daß für die Mitarbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit notwendiger ist als irgendwelche andere Verbesserung im Arbeitsverhältnis. — Gewünscht wurde, die arbeitslosen Kollegen darauf hinzuweisen, daß sie nicht verpflichtet sind, während der Dauer der Arbeitslosigkeit die Verbandsbeiträge zu zahlen. Nach dem Statut sind arbeitslose Mitglieder, die verbandsfähig keine Unterstützung erhalten, von der Beitragspflicht entbunden. Dafür werden „Beitragsfreie“ Marken von den Kassieren verabfolgt.

Kassel. In der am 23. September d. J. abgehaltenen Versammlung wurde, neben einem Referat des Kollegen E. Fittmer-Berlin, über das Thema: „Was müssen die städtischen Arbeiter tun, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern?“ lebhaft mittheilend über die schlechten Verhältnisse. Ein Schreiben des Komitees an die Vaternswärter gerichtet, als Antwort auf ein Gesuch der Vaternswärter um Regelung des Lohnes, sagt, daß ihr Gesuch mit der Motivierung abgelehnt sei, weil erst vor zwei Jahren eine Lohnregelung stattgefunden habe. Da sollen die Arbeiter wohl zehn Jahre warten, ehe sie wieder einmal eine Lohnzulage erhalten? Die Zulage vor zwei Jahren betrug 15 Pf. pro Tag. Vielfach werden auch die kranken Arbeiter, die nach der Verfallte Verlaufsungen kommen und dort ihre Mündigkeit erhalten, in eine recht traurige Lage gebracht. Zum Schluß gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 23. September im Gewerkschaftshaus zahlreich versammelten städtischen Arbeiter haben mit Entrüstung Kenntnis genommen von der regelmäßigen Zurückstellung der Entlassung im Gas- und Elektrizitätswerk nach 14wöchiger Krankenwärtigkeit. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß hier Uebergriffe einzelner Verwaltungen vorliegen, die wider die guten Sitten verstoßen. Deshalb fordern wir die Aufhebung etwaiger diesbezüglich bestehender Verfügungen, da andernfalls die sozialen Fürsorgeeinrichtungen der Stadt Kassel dadurch vollständig hinfällig werden.“ Das Bureau wird beauftragt, dem Magistrat von dieser Resolution Kenntnis zu geben.

Wiesbaden. Die Arbeitsverhältnisse der Vaternswärter wurden in der letzten Stadtverordnetenversammlung anlässlich einer Eingabe dieser Geplagten geistreich, es wird auch „erwogen“, ob deren Lohn aufgebessert werden soll, aber vom Magistratsrat wurde gleich gesagt, daran sei nicht zu denken. Da lohnt es sich doch einmal, zu untersuchen, wie dem Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser städtischen Arbeiter aussehn. In normalen Zeiten, also im Frühjahr, Sommer und einem Teil des Herbstes treten sie des Abends zum 11 und in der Vatern an, je nachdem die Dunkelheit eintritt. Ein jedes Meister beansprucht ungefähr 1½ Stunden. Um 11½ bis 11¼ Uhr wird angetreten zum Löschen der Laternen, wieder 1½ Stunden. Im Winter wird dann abwechselnd morgens in der Frühe angetreten, um die letzten Laternen auszulöschen. Das trifft einen jeden dreimal pro Woche, und in diesen Nächten müssen die Kollegen an der Wache schlafen. Der Lohn beweist sich dann zwischen 1,50 bis 2,30 Mk. Im Winter gibt es 20 Pf. Zulage für die Frühour. Dafür müssen sie ihre Nachtruhe im Sommer einmal, im Winter sogar zweimal unterbrechen. Mit den 1½ Stunden pro Tour ist es allerdings

noch nicht abgetan. Die Leute haben den Weg von und zur Wache, auch erfordert das nächtliche Umziehen Zeit, so daß immerhin vier bis fünf Stunden für diese Arbeit in Betracht kommen. Eine Viertelstunde vor Abmarsch sollen die Anzüge auf der Wache sein, fünf Minuten Verspätung ziehen aber schon eine "Verwarnung" nach sich, passiert es zum zweitenmal, so muß der Mann einen Tag aussetzen und verliert selbstverständlich dafür auch den ganzen Lohn. Letzteres Zusammentreffen hat Aussetzen bis zu vier und fünf Wochen zur Folge. Die Verwarnungen bestehen gewöhnlich im Ausdauern durch einen Aufseher. Wie leicht kann es bei den fortwährenden Unterbrechungen der Nachtruhe passieren, daß sich ein Mann einmal verspätet, aber menschliches Empfinden darf da nicht Platz greifen, der Dien muß. Im Winter und bei Regen fehlt es teilweise an den schützenden Mänteln, weil sie entweder nicht genügend vorhanden oder so mangelhaft sind, daß sie keinen Schutz bieten. Die Kollegen gehen dann aus dem warmen Zimmer in die kalte Nacht oder in den Regen und jechen so fortwährend Gesundheit und Leben aufs Spiel. Bei Reichwerden über solche Mängel heißt es dann, die Stadt habe kein Geld. Allerdings sind es meistens untergeordnete Instanzen, die solchen Bescheid erteilen und die sich durch solche Antworten wichtig machen wollen. Daß aber oben ein nicht viel besserer Wind weht, beweist die Behandlung der Frage im Stadtparlament. Wenn schließlich leichte Sommerkleidung zugestanden wurde, lag dies im direkten Interesse der Stadt, denn sie spart dadurch Geld. Daß die Kollegen trotzdem darum bitten mußten, ist bezeichnend. Eine Stadtverwaltung aber, die auf Anstellungen und in Restschritten mit ihrer öffentlichen Gesundheitspflege prunkt, hat allen Anlaß, auch auf die Gesundheit ihrer Angestellten, und zwar vom ersten bis zum letzten zu achten, wenn sie nicht in den Verzug kommen will, daß sie Potemkinsche Dörfer baut und zum Fenster hinausredet. Allerdings, Moralpredigten zu halten, wäre gerade so gut, als wenn man einem Eschen ins Korn peht. Da müssen schon stärkere Saiten aufgezogen werden.

Um nun härtere Saiten aufziehen zu können, müssen die Laternewartler erst aufwachen. Jetzt wachen sie überhaupt nicht, wie sie sich zu verhalten haben. Anstatt die Organisation zu stärken durch ihre Vitalität, wenden sie ihr den Rücken und kommen in keine Versammlung, welche von Seiten der Organisationsleitung einberufen ist, um über die Lage der Gemeindegewerkschafter zu diskutieren. Wo waren sie in der letzten Versammlung, wo Kollege Dittmer über die Lage der Gemeindegewerkschafter referierte, und er ganz richtig betonte, daß wenn ein roter Streifen an der Mütze oder am Rock liege, das Schmarotkertum in heller Wunde stehe. Darum, Kollegen, an die Arbeit, hört die Masse auf, daß sie zur richtigen Erkenntnis kommen und die Macht der Organisation würdiger lernen.

Rundschau.

Ein schlagfertiger jüdischer Beamter. Unter dieser Epithete schreibt die Chemnitzer "Volkstimme": "Wiederholt ist gegen den Betriebsleiter der Gasanstalt II wegen der Behandlung der Arbeiter Klage geführt worden. Schon früher einmal ist beobachtet worden, daß dieser Herr in seinem Herrschaftsgebiete das Faustrecht ausübt. Erst vor kurzem hat er einen Arbeiter mit beiden Händen vor die Brust gestoßen. Zugabe, daß der Arbeiter eine Klage verdient hätte von einem Vorarbeiter, von einem Oberinspektor eines jüdischen Werkes jedoch sollte man verlangen können, was man von jedem Arbeiter verlangt: daß er sich seinen Mitmenschen gegenüber so verhält, wie es Anstand und gute Sitte gebieten! Wir wundern uns durchaus nicht, daß die Arbeiter nicht gleiches mit gleichem vergolten haben. Der gebildete Arbeiter wird nicht tadeln. Aber ermahnt werden auch wir nicht sein, wenn die auf so überlebende Weise Angegriffenen in der Gasanstalt II sich einmal das Verlangen ihres hohen Vorgesetzten zum Kopfe nehmen würden. Denn es sind doch immerhin "nur" Arbeiter. Was sagt aber die Stadtverwaltung zu diesen Dingen?"

Das "Kollektive Volksblatt" schreibt: Ungetaufte Kinder und Strafenreinigung, wie reimt sich das zusammen? Man sollte meinen, da jede Vererbung, wie werden aber nachher werden, daß es Dinge würden Himmel und Erde gibt, von denen ich unsere Schulweisheit auch heute noch nichts träumen laßt. Bei der Strafenreinigung war seit 2. März ein Mann beschäftigt, der sich ein wenig hatte zusehnen lassen, aber er hat ein paar ungetaufte Kinder, von denen eins auch nicht konfirmiert worden ist. Vor etwa vier Wochen kam zur Frau des Arbeiters ein Mann, der als "von Gott gesandt" sich einführt und von der Frau verlangte, sie solle doch taufen und konfirmieren lassen. Die Frau blieb aber fest und der "von Gott gesandte" Mann verschwand geheimnisvoll, wie er gekommen war. Am 12. September wurde dem Arbeiter plötzlich vom Aufseher gekündigt. Um den Grund der Kündigung gefragt, gab der Mann keine Antwort, worauf der gekündigte Arbeiter den Aufseher interpellierte. Aber dieser antwortete ausweichend: Es gibt Dinge in der Welt, die man nicht gern ermahnt! Aber weiter sagte er nichts. Und der Aufseher

sagte dann noch: Ich bedauere, daß ich Ihnen kündigen mußte, aber ich habe den Befehl dazu. Sie haben doch ein Kind, das nicht konfirmiert ist! Mehr konnte der Arbeiter leider nicht erfahren. Interessant wäre es aber, erfahren zu können, ob etwa zwischen der Entlassung und dem unkonfirmierten Kinde sich als Bindeglied der "von Gott gesandte" Mann eingeschoben hätte. Wird man dieses Rätsels Kern jemals erfahren? Oder bleibt etwa der Entlassungsgrund uns auf immer ein verschleiertes Bild von Geis? So geschähen in der Stadt Halle a. S. Das ist die vielgerühmte Toleranz und väterliche Sorge der "liberalen" Stadtverwaltung den Arbeitern gegenüber.

Arbeiterausbeutung in preussischen Staatsbetrieben. Auf dem Staatsbahnhof in Rathenow ist ein Arbeitergeciuch angeschlagen. Respektiert wird darin auf kräftige, gesunde Arbeiter für den Bahnhüterhaltungsdienst. Die Bewerber müssen ihrer Militärpflicht genügt haben und dürfen nicht über 30 Jahre alt sein. Der Anfangslohn beträgt zwei Mark 30 Pfennig pro Tag. Bei guter Führung und Leistung kann später Heberführung in eine Beamtenstellung erfolgen. — Wie ein Arbeiter mit 2,30 Mk. Tagelohn gesund und kräftig erhalten soll — zumal in einer Stadt wie Rathenow, wo enorme Wohnungs- und Lebensmittelerhöhung herrscht —, das ist das Geheimnis der königlich preussischen Staatsbahnverwaltung, die mit diesem Arbeitergeciuch zeigt, daß nicht nur politische, sondern auch sehr materielle Gründe sie veranlassen, den Eisenbahnarbeitern das Wahlrecht zu verweigern.

Bewegung unter den Wiener Hofbedienten. Eine dortige Lokalcorrespondenz meldet: Unter den bei Hofe angestellten Dienern ist eine Bewegung im Zuge, die auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage und auf die Lösung von Standesfragen hinielt. Die Forderungen umfassen: Die Erhöhung des Lohnes, analog der Aktivitätszulage der Staatsdiener und Einbeziehung der Aktivitätszulage in die Pension —, die Einführung der Zeitvorrückung, die 14-tägige Dienzeit, Einführung eines modernen Disziplinarverfahrens und Abschaffung der gehobenen Qualifikation, die Bewilligung zum Tragen des Schmutzrockes, rüchlich des in den Ruinen zu verbleibenden Aufwandsdienstes die Aenderung des Titels "Museumsdieners" in "Museumsaufseher", Erhöhung der Witwenpension, Beseitigung der ausgetragenen Dienstkleidung, wie es seit den Zeiten Maria Theresias bis zur Einführung eines anderen Systems üblich gewesen. — Also auch hier wird den wirtschaftlichen Fragen eine größere Beachtung gezollt. Die Forderungen zeigen so recht von der Rückständigkeit der Hofverwaltung und mittelalterlichen Heberbleibseln.

Die Regelung des Geschlechtslebens durch die Ehe, die so oft als Hauptargument für die Verteidiger der Ehe in ihrer heutigen Form angeführt wird, erhält eine fonderbare Beleuchtung durch einige Zeilen eines Artikels, den Adele Zährler in den "Dokumenten des Fortschritts" veröffentlicht. Danach waren im Jahre 1900 im Deutschen Reiche unverheiratet:

Männer im Alter von 18-30 Jahren	6 688 332
davon im Alter von 18-30 Jahren	4 417 619
Frauen im Alter von 18-30 Jahren	5 183 334
davon im Alter von 18-25 Jahren	2 820 338

Es ist ein schreckliches Bild, das sich da aufrollt, wenn man bedenkt, daß ein Land über 12 Millionen geschlechtsreifer Individuen hat, die alleinigen und genötigt sind, entweder außerordentlich hohe naturlichen Lebensforderungen zu befriedigen oder zu darben.

Internationale Rundschau.

Ungarn. Epilog zum Streit der Budapester Gasarbeiter. Im Ausflusse des im Juli d. J. iniizierten Streiks der Budapester Gasarbeiter leitete die Behörde gegen mehrere Arbeiter der Gasfabriken wegen Gewalttätigkeit gegen Private das Verfahren ein. Die Staatsanwaltschaft legt in ihrer Anklageschrift den beschuldigten Arbeitern zur Last, daß sie am 1. Juli d. J., als die Arbeiter der Französischer Gasfabrik in den Streik traten und die Direktion Militärartillerie in Anspruch nahm, den Betrieb der Fabrik durch mutwillige Verwüstung der Maschinenrichtungen vereiteln wollten. Wie die Anklageschrift weiter ausführt, sollen die Arbeiter die Leitungsrohre mittels Meißelarbeiten und Zapfen verstopft und die Gasabnahme geöffnet haben, wodurch die Fabrik einen Schaden von 9000 Kronen erlitten haben will. Die Anklage der Staatsanwaltschaft richtet sich gegen folgende Kollegen: Mikolauß Simon, Bela Nagb, August Kelmis, Georg Bari, Carl Sultes, Georg Marah, Franz Sieger und Paul Horponai. Der Verteidiger der beschuldigten Arbeiter Dr. Alexander Ketsy erhob gegen die Anklageschrift Einwendungen, welche der Anklagesenat des Budapester Strafgerichtshofes dieser Tage in Verhandlung ziehen wird.

Schweden. Der Streit der Gemeindegewerkschafter von Kalmö. Einem Beschluß der Repräsentantenschaft der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften entsprechend, waren der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Landessekretariats sowie die

